

Nächste
Berliner Rundschau
am 6. Mai 2006



Hilferuf der Rütli-Schule Rot-Rot lässt Betroffene im Stich

von Friedbert Pflüger

Der Hilferuf der Rütli-Schule erschüttert seit Tagen Berlin. Ganz Deutschland wird Zeuge der verfehlten und ideologischen Bildungs- und Integrationspolitik des rot-roten Senats. Die Rütli-Schule ist nur die viel zitierte „Spitze des Eisbergs“: Auch andere Berliner Schulen stehen auf der Kippe – der Brandbrief der Theodor-Plivier-Oberschule im Wedding führt uns das mit schonungsloser Offenheit und Härte vor Augen. Jahrelang hat der rot-rote Senat die Alarmzeichen ignoriert und die Betroffenen – vor allem die Lehrerinnen und Lehrer – im Stich gelassen. Wenn Klaus Wowereit tatsächlich glaubt, die Probleme mit „jungen und unverbrauchten“ Lehrern meint lösen zu können, so ist das nicht nur eine infame Beleidigung der Lehrkräfte an Problemschulen, sondern zeugt auch von verantwortungsloser

Blauäugigkeit. Denn: Die Probleme an den Schulen haben vor allem gesellschaftspolitische Ursachen. Es geht nicht um eine Frontlinie zwischen Deutschen und Ausländern, sondern um rechtschaffene Bürger versus Kriminelle, Drogenhändler, Gewalttäter und Extremisten. Gemeinsam müssen wir für mehr Ordnung, Disziplin, Rücksichtnahme und Solidarität an den Schulen kämpfen, dazu muss die Mehrheit der Deutschen und Migranten die Minderheit der Kriminellen und Gewalttäter isolieren. Fleiß, Höflichkeit, Pünktlichkeit, Verlässlichkeit und Pflichtbewusstsein sind nicht nur deutsche Tugenden – die Mehrheit der Eltern mit Migrationshintergrund wünscht sich, dass ihren Kindern diese Werte in der Schule vermittelt werden. Multi-Kulti-Träumereien haben diese Art der fördernden und fordernden In-

tegrationspolitik jahrelang verhindert. Jugendliche müssen frühzeitig vor Gewalt und Kriminalität abgeschreckt werden. Sie müssen wissen: Der Serienstraftäter ist kein Vorbild – sein Weg führt in die Sackgasse. Wenn aber alle Möglichkeiten der Gewaltprävention nicht greifen, müssen Jugendliche frühzeitig die Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen. Nur wenn der Rechtsstaat auch seine „Zähne zeigt“, wird er respektiert! Für Jugendliche, die regelmäßig polizeilich auffällig werden, fordern wir die Einführung eines Kurzarrests, um sie frühzeitig und drastisch vor einer weiteren „Knastkarriere“ zu warnen. Bei Jugendlichen, die schwerste Straftaten begangen haben, plädieren wir für die Möglichkeit einer geschlossenen Heimunterbringung, damit sie pädagogisch und therapeutisch behandelt werden können. Auslän-

dische Intensivstraftäter müssen – auch wenn sie noch zur Schule gehen – im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten in ihr Herkunftsland abgeschoben werden.



INFO-
COUPON

Berlin kann 's besser - Machen Sie mit!

Vor- und Zuname
Straße
PLZ / Ort
Telefon / Telefax
eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

CDU Berlin
Wallstraße 14A
10179 Berlin
Tel.: 0 30. 32 69 04 -0
Fax: 0 30. 32 69 04 -44
eMail: cduberlin@cduberlin.de



www.cduberlin.de